

Niederschrift Nr. 9 / 2018

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Montag, 19. November 2018 und Dienstag, 20. November 2018 im Saal 101 des
Rathausgebäudes I,
zu der am 08. November 2018 eingeladen worden war.
- öffentliche Sitzung -

Anwesend sind - zum Teil zeitweise -
unter dem Vorsitz von **Oberbürgermeister**

Langner

von der **CDU-Fraktion**
die Ratsmitglieder

Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Biebricher, Andreas
Probst, Claudia
Bohn, Eitel
Rosenbaum, Karl-Heinz
Otto, Stephan
Balmes, Peter
Contento, Vito
Knopp, Ernst
Kalenberg, Rudolf
Roos, Thomas
Diehl, Manfred
Dott, Herbert
Sauer, Monika
Wehran, Jens

von der **SPD-Fraktion**
die Ratsmitglieder

Lipinski-Naumann, Marion
Lehmkühler, Gerhard
Naumann, Fritz
Kirsch, Thomas
Bastian, Manfred
Wierschem, Ute
Altmaier, Christian
Mühlbauer, Marion

von der **Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN** die Ratsmitglieder

Ackermann, Hans-Peter
Mehlbreuer, Andrea
Diederichs-Seidel, Uwe
Weber, Sylvia

von der **FW-Fraktion**
die Ratsmitglieder

Hofmann, Gabriele
Wefelscheid, Stephan
Dr. Gross, Michael

von der **FDP-Fraktion**
das Ratsmitglied

Schupp, Torsten

von der **FBG-Fraktion**
die Ratsmitglieder

Gniffke, Manfred
Baum, Walter

von der **AfD-Fraktion**
das Ratsmitglied

Pontius, Rolf

von der **Verwaltung**
- zum Teil zeitweise -

Beigeordnete PD Dr. Theis-Scholz
Beigeordneter Flöck

**Amt 10/Amt für Personal und
Organisation:**

Herr Weiler

Amt 12/Bürgeramt:

Herr Weinand

Amt 20/Kämmerei und Steueramt:

Herr Grings

Herr Endres

Herr Löwen

Herr Baulig

Herr Müller

Herr Benz

Herr Böckling

Frau Necknig

Amt 31/Ordnungsamt:

Herr Hehl

Herr Schröder

Amt 36/Umweltamt:

Herr Funk

Herr Haaß

**Amt 37/Amt für Brand- und
Katastrophenschutz:**

Herr Maxeiner

**Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungs-
amt:**

Herr Karbach

Frau Konter

Amt 42/Stadtbibliothek:

Herr Koch

Herr Schneider

Amt 43/Volkshochschule:

Frau Kuprian
Frau Meirich

Amt 44/Musikschule:

Frau Bleier

Amt 45/Mittelrhein-Museum:

Herr Dr. von der Bank

Amt 45/Ludwig-Museum:

Frau Prof. Dr. Reifenscheid-Ronnisch
Herr Rinck

Amt 46/Stadttheater:

Herr Dietze
Herr Lehmkühler

**Amt 50/Amt für Jugend, Familie,
Senioren und Soziales:**

Frau Schüller
Herr Pabst
Frau Machein
Frau Steinseifer

Amt 52/Sportamt:

Herr Sonntag
Herr Fiedler
Herr Weyh

**Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und
Bauordnung:**

Herr Hastenteufel
Herr Hillesheim
Herr Dörr
Frau Thiyagarajah
Herr Körtge
Frau Morales

**Amt 62/Amt für Stadtvermessung und
Bodenmanagement:**

Herr Heisser
Frau Lebsack

Amt 63/Brückenbauamt:

Herr Schwarz
Frau Pauken

Amt 65/Zentrales Gebäudemanagement:

Herr Kroh
Herr Schach

Amt 66/Tiefbauamt:

Herr Schwarz
Herr Uhrmacher
Frau May
Frau Zeitler

EB 17/Eigenbetrieb Kommunales

Rechenzentrum:

Herr Sartorius
Frau Persch

EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen:

Herr Drechsler
Herr Stracke
Frau Arndt

EB 70/Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz:

Herr Mannheim

EB 83/Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle:

Herr Hoffmann
Frau Schneider

EB 85/Eigenbetrieb Stadtentwässerung:

Herr Mohrs
Frau Prell

Herr Metten-Golly, Büroleiter OB
Herr Enkirch, Ratsbüro
Herr Mannebach, Ratsbüro
Herr Stein, Dezernatsbüro FB 04
Herr Kux, Dezernatsbüro FB 02
Frau Ensel, Stadtwerke Koblenz GmbH
Frau Hoffmann, Stv.
Gleichstellungsbeauftragte
Herr Seuling, Behindertenbeauftragter

Protokollführung Amt 20/Kämmerei und Steueramt:

Allgemeine Einführung, Anwesenheit	Löwen, Jakob/ Benz, Yannick
Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“	Müller, Timo
Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“	Necknig, Martina
Teilhaushalt 03 „Umwelt“	Necknig, Martina
Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“	Benz, Yannick
Teilhaushalt 05 „Sicherheit u. Ordnung“	Baulig, Andreas
Teilhaushalt 06 „Jugend u. Soziales“	Benz, Yannick
Teilhaushalt 07 „Sport“	Necknig, Martina
Teilhaushalt 08 „Schulen“	Müller, Timo
Teilhaushalt 09 „Kultur“	Baulig, Andreas
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen u. Verkehr“	Löwen, Jakob/ Müller, Timo/ Benz, Yannick/ Böckling, Frank

Sitzungsverlauf: Montag, 19.11.2018: Beginn 09:00 Uhr, Ende 20:45 Uhr
Dienstag, 20.11.2018: Beginn 09:00 Uhr, Ende 16:30 Uhr

Die Tagesordnung wird wie folgt abgewickelt:

T a g e s o r d n u n g:

Punkt 1: Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplanentwurf 2019 einschließlich Wirtschaftspläne und Stellenplan
Vorlage: BV/0980/2018

Allgemeines:

Oberbürgermeister Langner eröffnet die Sitzung und weist auf den von der Verwaltung erstellten zeitlichen Ablaufplan hin. Amtsleiter Grings/ Kämmerei und Steueramt stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 1**) die aktuellen Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs 2019 vor. Hierin werden die Auswirkungen der sich zwischenzeitlich ergebenden Nachmeldungen seit Einbringung des Etatentwurfs 2019 deutlich gemacht.

Fraktionsvorsitzender Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) hinterfragt, ob die Steigerung des Investitionsvolumens für 2019 gegenüber dem Vorjahr um 21,8 auf 63,2 Mio. Euro realistisch und umsetzbar ist.

Beigeordneter Flöck weist darauf hin, dass allein ein Investitionsvolumen von 25,1 Mio. Euro auf 90 Hochbauprojekte entfällt. Verpflichtungsermächtigungen entfallen auf 15 Projekte mit einem Volumen von 15,5 Mio. Euro. Darüber hinaus sind 110 konsumtive Maßnahmen für 2019 mit einem Volumen von 39,3 Mio. Euro vorgesehen. Dieses enorme Arbeitsvolumen resultiert aus den verschiedenen Förderprogrammen (vor allem Kommunales Investitionsförderungsprogramm). Die zahlreichen Maßnahmen, die die Förderprogramme umfassen, müssen nach den Vorgaben des Landes bereits in 2019 veranschlagt werden. Diese Maßnahmen können aufgrund haushaltsrechtlicher Bestimmungen erst nach Eingang der Förderbescheide realisiert werden. Wann und für welche Maßnahmen Förderbescheide ergehen werden, kann nicht gesagt werden. Zudem ist eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal nicht möglich. Dieses Problem lässt sich aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels und der notwendigen Einarbeitungszeit des neuen Personals nicht kurzfristig lösen. Außerdem fehle es an notwendigen Büroräumlichkeiten. Auch ist eine weitere Ausweitung von externen Vergaben nicht mehr möglich. Zudem ist das Zentrale Gebäudemanagement Dienstleister der Ämter und Eigenbetriebe. Im Rahmen dessen ergeben sich immer wieder unvorhersehbare Maßnahmen, die nicht aufgeschoben werden können. Eine Priorisierung der Maßnahmen und die damit verbundene Reduzierung der Ansätze müssten, wenn gewünscht, von Seiten des Rates vorgenommen werden.

Fraktionsvorsitzende Wefelscheid (FW) und Lipinski-Naumann (SPD) führen aus, dass seitens des Rates nicht beurteilt werden kann, ob die von der Verwaltung gemeldeten Ansätze realistisch sind und alle Maßnahmen in 2019 umgesetzt werden können. Hierfür müsste die Verwaltung dem Rat weitere Informationen zur Verfügung stellen und eine Prioritätenliste vorlegen.

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) befürwortet ebenfalls ein realistisches Investitionsvolumen. Sie gibt zu bedenken, dass ein Drittel der Maßnahmen von einer Landesförderung abhängig sind. Sobald mit einem Förderbescheid nicht mehr zu rechnen ist, könnte die entsprechende Maßnahme in die Folgejahre geschoben werden.

Oberbürgermeister Langner schlägt vor, im Rahmen der zweitägigen Beratungen an den entsprechenden Stellen die Projekte auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen und ggf. Ansätze anzupassen. Auf Vorschlag des Beigeordneten Flöck, soll nach der Kommunalwahl im kommenden Jahr geprüft werden, ob die Statusberichte des Baudezernates angepasst werden können und hierin eine Bearbeitungsreihenfolge der Maßnahmen aufgezeigt werden kann.

Im Verlaufe der zweitägigen Haushaltsberatungen 2019 ergaben sich verschiedene Arbeitsaufträge an die Verwaltung, welche nach den Etatberatungen 2019 im Haupt- und Finanzausschuss abzarbeiten sind. Eine Übersicht aller Arbeitsaufträge ist diesem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt. Die dort aufgeführten Punkte sind in diesem Protokoll nicht noch einmal aufgeführt.

Des Weiteren ist die Stellungnahme der Verwaltung über die Anhörung der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanentwurf 2019 als **Anlage 3** diesem Protokoll beigelegt.

Konsumtiver Haushalt:

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

Produkt 1111 (Verwaltungssteuerung), Seite 95

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) fragt nach, in welcher Höhe Mittel für „Räumlichkeiten für Vereine und Ehrenamt“ zur Verfügung stehen und beantragt, weitere Mittel in Höhe von 300.000 Euro bereit zu stellen. Die Mittel sollen vorsorglich eingestellt werden, damit in 2019 mögliche Maßnahmen umgesetzt werden können. Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) unterstützt den Antrag.

Die Verwaltung erörtert, dass 30.000 Euro Planungsmittel für die Bedarfsanalyse vorgesehen sind.

Oberbürgermeister Langner trägt zu einem späteren Zeitpunkt den aktuellen Sachstand zur Thematik vor. Er erläutert, dass aktuell Gespräche mit den Ortsvorstehern geführt werden. Außerdem verweist er auf das auf der Internetseite der Stadt Koblenz bereitgestellte Formular, über welches Vereine ihren Bedarf anmelden können. Weiterhin führt er aus, dass hinsichtlich der möglichen Nutzung vorhandener Räume Gespräche mit Schulen geführt werden. In Kürze erfolge eine Beratung der Thematik im Stadtvorstand, in deren Folge im weiteren Gremienweg im 1. Quartal 2019 der Rat über den aktuellen Sachstand unterrichtet werde.

Bezüglich des gestellten Antrags schlägt Oberbürgermeister Langner vor, im Rahmen des vorhandenen Budgets im Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement), Mittel für „Räumlichkeiten für Ehrenamt und Vereine“ vorzusehen. Hierzu wird eine Fußnote in die Erläuterung mit aufgenommen. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Produkt 1114 (Gremien), Seite 116

1. Ratsmitglied Wefelscheid (FW) beantragt, den Ansatz in der Zeile 7 (Sonstige laufende Erträge) für Nebentätigkeitsablieferungen und nicht verbrauchte Zuschüsse aufgrund des Ergebnisses 2017 (164.138,97 Euro) von bisher 30.000 Euro um 70.000 Euro auf nunmehr 100.000 Euro zu erhöhen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.
2. In diesem Zusammenhang bittet Fraktionsvorsitzender Gniffke (FBG) mitzuteilen, in welcher Höhe nicht verbrauchte Zuschüsse von den Fraktionen in den vergangenen Jahren zurück erstattet wurden.

Die Verwaltung trägt vor, dass in Summe von allen Fraktionen in den Jahren 2015 bis 2017 jährlich jeweils zwischen 70.000 Euro und 90.000 Euro an nicht verbrauchten Zuschüssen erstattet wurden.

Produkt 1145 (Zentrale Dienste), Seite 132

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) hinterfragt die sehr hohen Raummieten im Löhr-Center und fordert, dass der Rat stärker in Entscheidungen zur Anmietung externer Büroflächen eingebunden wird. Daher wird die Anbringung eines Sperrvermerks für alle Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Anmietung externer Büroflächen beantragt.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) hält fest, dass in der Vergangenheit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Personal eingespart wurde, der Bestand an Büroflächen jedoch gleich geblieben ist. Aus ihrer Sicht erscheint es daher nicht schlüssig, dass nun, aufgrund von Personalaufstockung, die Anmietung externer Büroflächen erforderlich wird. Ihrer Ansicht nach müsste in den vorhandenen Büroflächen ausreichend Platz für die nun wiederum erfolgte Personalaufstockung vorhanden sein.

Oberbürgermeister Langner merkt an, dass die Thematik eingehend geprüft werde. In die Prüfung werde man den Bedarf, die Kosten aber auch Themen wie die Teilung von Arbeitsplätzen miteinbeziehen.

Ratsmitglied Wefelscheid (FW) regt an, dass auch alternative Räumlichkeiten im Stadtgebiet bei der Prüfung berücksichtigt werden sollen.

Oberbürgermeister Langner schlägt vor, dass dem Ausschuss eine Beschlussvorlage zu diesem Thema vorgelegt und ein entsprechender Sperrvermerk in den Haushalt aufgenommen wird. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Produkt 1115 (Lokale Agenda 21), Seite 190

Ratsmitglied Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt, zur Unterstützung der Lokalen Agenda den Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit um 4.400 Euro auf damit 10.000 Euro zu erhöhen. Dem widerspricht Ratsmitglied Lehmkühler (SPD). Auch Ratsmitglied Diehl (CDU) ist gegen eine Erhöhung der Mittel. Er schlägt vielmehr vor, das Thema Lokale Agenda in den Umweltausschuss zu verweisen, um dort über das weitere Vorgehen zu beraten. Ratsmitglied Diederichs-Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt diesem Vorschlag zu und nimmt den eingangs gestellten Antrag zurück.

Produkt 5541 (Naturschutz/Landschaftspflege), Seite 202

Ratsmitglied Lehmkühler (SPD) führt aus, dass im Haushaltsjahr 2019 für die dauerhafte Entbuschung am „Angelberg“ 30.000 Euro etatisiert sind. Er fragt, ob hier keine Beweidung durch Ziegen möglich sei, da diese Tiere Flächen entbuschen könnten. Ratsmitglied Bohn (CDU) weist darauf hin, dass die entsprechenden Flächen am „Angelberg“ derzeit wieder zuwachsen würden. Er möchte wissen, wann hier nachgearbeitet wird.

Stellvertretender Amtsleiter Funk/ Umweltamt sagt zu, dass der Bereich wieder entbuscht wird. Man müsse sich dabei an die gesetzlich vorgegebenen Zeiten (bis Ende Februar und ab Anfang Oktober) halten. Zudem sei der Einsatz von Ziegen schwierig, da dieser teilweise auf fremden Grundstücken erfolge.

Ratsmitglied Diehl (CDU) schlägt vor, das Thema Entbuschung am Beispiel „Angelberg“ im Unterausschuss generell zu beraten.

Oberbürgermeister Langner fasst abschließend zusammen, dass zum einen die Flächen am „Angelberg“ in o. g. Zeitraum entbuscht werden und zum anderen das Thema Entbuschung, inklusive der Möglichkeit der Ziegenbeweidung, im Unterausschuss beraten wird.

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

Produkt 5711 (Kommunale Wirtschaftsförderung), Seite 219

Fraktionsvorsitzender Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, dass die Produktbeschreibung im Hinblick auf „Nachhaltigkeit“ erweitert werden soll.

Ratsmitglied Dr. Gross (FW) regt an, dass das Straßenbegleitgrün insektenfreundlich sein soll.

Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch. Die Verwaltung wird die Anregungen entsprechend umsetzen.

Produkt 5118 (BUGA 2029)

Ratsmitglied Diehl (CDU) beantragt, dass für die BUGA 2029 ein neues Produkt im Haushaltsplan 2019 eingerichtet werden soll.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Enthaltungen

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Produkt 1118 (Migration und Integration), Seite 231

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand bezüglich der Koblenzer Flüchtlingsunterkünfte ist.

Amtsleiter Hehl/ Ordnungsamt erläutert, dass die Rheinkaserne auch in 2019 als Unterkunft genutzt werden kann. Die Sachstände zu den übrigen Unterkünften wird das Ordnungsamt zu einem späteren Zeitpunkt der Politik mitteilen.

Produkt 1212 (Wahlen), Seite 235

Fraktionsvorsitzender Schupp (FDP) fragt, warum die Kosten für die Europa- und Kommunalwahl im Jahr 2019 höher sind als im vergleichbaren Jahr 2014.

Die Verwaltung erläutert, dass im Jahr 2019 zusätzliche Mittel für die Ersatzbeschaffung von veralteten Wahlurnen veranschlagt sind. Darüber hinaus ergeben sich im Jahr 2019 Steigerungen der EDV- und Portoaufwendungen gegenüber 2014. Zudem hat das Ordnungsamt im Jahr 2019 zusätzliche Mittel für unerwartete Aufwendungen im Rahmen der Wahlen veranschlagt.

Produkt 5732 (Messen, Kirmesse), Seite 259

Fraktionsvorsitzender Schupp (FDP) schlägt vor, eine Frühjahrs- oder Herbstmesse am Deutschen Eck durchzuführen.

Oberbürgermeister Langner erläutert, dass entsprechende Gespräche zwischen Stadtverwaltung und Schausteller bereits stattfinden.

Teilhaushalt 06 – Jugend und Soziales

Produkt 3621 (Jugendarbeit), Seite 353

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) beantragt, einen zusätzlichen Zuschuss von 5.000 Euro für Stadtteilerkundungen durch die JuKuWe zu etatisieren (Zeile 13 „Aufwendungen der sozialen Sicherung“). Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) schließt sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Teilhaushalt 07 – Sport

Produkt 4211 (Förderung des Sports), Seite 394

1. Ratsmitglied Sauer (CDU) beantragt, den Ansatz „Zuschüsse Sportveranstaltungen“ um 50.000 Euro und den Ansatz „Sportförderung Vereine“ um 25.000 Euro zu erhöhen. Ratsmitglied Naumann (SPD) schließt sich diesem Antrag an. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er die Ansätze für ausreichend hält. Er stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit einer Gegenstimme beschlossen

2. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) fragt, warum die Umkleide- und Sanitärcontainer auf dem Sportplatz Schartwiesenweg noch nicht angekauft wurden, obwohl hierfür im Etat 2018 Haushaltsmittel vorgesehen sind.

Amtsleiter Sonntag/ Sport- und Bäderamt entgegnet, dass hiervon Abstand genommen wurde, da die Fläche möglicherweise im Rahmen des Förderprogramms „Grüne Stadt“ vollständig umgestaltet werde und damit auf die Container verzichtet werden könne.

Ratsmitglied Lipinski-Naumann zeigt sich mit dieser Antwort unzufrieden. Sie bittet den Restwert der Container zu ermitteln, damit geprüft werden könne, ob der Ankauf der Container, trotz der geänderten Sachlage, wirtschaftlich sei. Ratsmitglied Lehmkuhler (SPD) schlägt außerdem vor, den Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen zu bitten, den Zeitplan des Projektes „Grüne Stadt“ zu erläutern.

Nachdem Herr Stracke/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen mitgeteilt hat, dass bis zur Realisierung des Projektes etwa drei Jahre vergehen können, führt Amtsleiter Sonntag aus, dass der Mietvertrag für die Container zum 30.04.2019 kündbar sei und deren Restwert 31.000 Euro betrage.

Vor diesem Hintergrund schlägt Amtsleiter Sonntag vor, den Mietvertrag zum 30.04.2019 zu kündigen und die Container zu erwerben. Dann könne der Haushaltsansatz für die Containermiete in Höhe von 37.400 Euro um 25.000 Euro reduziert werden (entfallende Miete von Mai bis Dezember). Für die Instandhaltung der Containeranlage sollten daraufhin aber 7.000 Euro etatisiert werden.

Oberbürgermeister Langner stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Anmerkung:

Der Ansatz für die Instandhaltung der Containeranlage wird im Produkt 4241 (Sportstätten und Bäder) abgebildet.

Der Ansatz für den Ankauf der Containeranlage ist im investiven Haushalt unter Projekt Q520000 (Global Sportstätten und Bäder) dargestellt.

Produkt 4241 (Sportstätten und Bäder), Seite 398

Für die Instandhaltung der Umkleide- und Sanitärcontainer Sportplatz Schartwiesenweg sind 7.000 Euro zu etatisieren (Näheres zu dem Antrag, siehe Produkt 4211 „Förderung des Sports“, Punkt 2).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Teilhaushalt 08 – Schulen

Produkt 2111 (Grundschulen), Seite 425

Im Zusammenhang mit der Kennzahl „Aufwand für Reinigung in €/qm“ berichtet Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) von starker Verschmutzung an der Grundschule Rübenach aufgrund der derzeitigen Sanierung. Daher beantragt sie, die Reinigungsstunden an der Schule zu erhöhen und zwei Schulraumcontainer für den Rest der Bauphase aufzustellen. Hierfür sollen 30.000 Euro etatisiert werden.

Die Verwaltung erwidert darauf, dass die Veranschlagung zusätzlicher Mittel nicht erforderlich sei und man die geforderten Maßnahmen im Rahmen noch verfügbarer Restmittel in 2018 umsetzen werde. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht, jedoch erheben sich gegen die Ausführungen der Verwaltung keine Widersprüche.

Produkt 2411 (Schülerbeförderung), Seite 449

Auf Anregung von Ratsmitglied Sauer (CDU) wird der Zweckbindungsvermerk „Mehrerträge aus Spenden der Sparkasse Koblenz fließen den Mehraufwendungen für die Transportkosten des Schwimmunterrichtes der 3. Klassen zu“ gestrichen. Nach den Ausführungen der Verwaltung handelt es sich hier um eine Pflichtaufgabe. Es ist jedoch sinnvoller, die Spendenmittel der Sparkasse in voller Höhe dem freiwilligen Leistungssektor zuzuordnen, um damit den Aufwuchs des von der ADD gedeckelten Zuschussbedarfs der freiwilligen Leistungen zu kompensieren.

Teilhaushalt 09 – Kultur

Produkt 2621 (Musikpflege), Seite 497

Ratsmitglied Wehran (CDU) beantragt, 2.000 Euro zur Bezuschussung des Kreischorverbandes einzuplanen.

Der Antrag wird in der darauffolgenden Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Produkt 2811 (Heimat- und Kulturpflege), Seite 501

Fraktionsvorsitzender Gniffke (FBG) beantragt, Aufwandsmittel i.H.v. 2.000 Euro für die Unterstützung des Projektes „Moddersproch“ zu veranschlagen.

Oberbürgermeister Langner bittet darum, das Projekt sowie dessen Finanzierung zunächst im Ausschuss für Kultur- und Hochschulfragen zu beraten.

Ratsmitglied Gniffke zieht infolge dessen seinen Antrag zurück.

Stellvertretender Amtsleiter Endres/ Kämmerei und Steueramt trägt die nachgemeldeten Mittel für die Teilnahme am Bundesprojekt „Partnerschaften für Demokratie“ vor. In diesem Zusammenhang ergänzt Amtsleiter Weiler/ Amt für Personal und Organisation, dass hierfür noch 45.000 Euro im Jahr 2019 für die Einrichtung von zwei halben Stellen anzusetzen ist. Der Betrag i.H.v. 45.000 Euro teilt sich auf die Produkte 2811 (38.250 Euro) und 2621 (Musikpflege, 6.750 Euro) auf. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Produkt 2721 (Stadtbibliothek), Seite 509

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, den Ansatz für den Erwerb von Medien um 15.000 Euro auf 200.000 Euro zu erhöhen.

Stellvertretender Amtsleiter Koch/ Stadtbibliothek erläutert, dass ein entsprechender Bedarf an Medien vorhanden ist.

Der Ausschuss stimmt der Mittelveranschlagung mehrheitlich zu.

Produkt 2711 (Volkshochschule), Seite 513

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) stuft die Entwicklung der Volkshochschule in den letzten Jahren sowie in den noch kommenden Jahren als bedenklich ein.

Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz pflichtet Ratsmitglied Lipinski-Naumann bei und ergänzt, dass zukünftig die Bestrebungen dahingehen sollen, wieder die 20.001 förderfähigen Stunden zu erreichen.

Amtsleiterin Kuprian/ Volkshochschule verweist auf ihre vor der Sitzung dem Ausschuss zugeleitete Vorlage (**Anlage 4**). Sie erläutert, dass seit 2012 keine Investitionen in die VHS getätigt wurden. Darüber hinaus wurden im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen insbesondere Mittel für Stellen gestrichen. Aufgrund der derzeitigen Personal- und sonstigen Finanzausstattung sowie insbesondere der stets verbleibenden Fixkosten sei ein erfolgreicher Betrieb der Volkshochschule nicht möglich.

Ratsmitglied Lehmkuhler (SPD) pflichtet Frau Kuprian bei. Der Stadtrat habe durch Sparmaßnahmen die Arbeit der VHS in den vergangenen Jahren erschwert. Die Volkshochschule trifft insofern keine Schuld an der derzeitigen Situation.

Ratsmitglied Wefelscheid (FW) beantragt, den Zuschuss der Volkshochschule im Jahr 2022 auf 500.000 Euro zu deckeln (derzeitiger geplanter Zuschuss = 508.316 Euro). Hierzu sollen die geplanten Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten (Zeile 5) um 8.316 Euro erhöht werden.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Ratsmitglied Otto (CDU) bittet die VHS darum, eine Unterrichtsvorlage für den Ausschuss für Kultur- und Hochschulfragen sowie den Haupt- und Finanzausschuss zu erstellen, in der mögliche strukturelle Veränderungen zur zukünftigen Verbesserung der Situation der VHS dargestellt werden.

Produkt 2512 (Ludwig-Museum), Seite 527

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) hält die Kennzahl „Anzahl Besucher/-innen (20.000)“ für nicht realistisch, da hier auch Personen mitgezählt werden, die keinen Eintritt zahlen und sich lediglich auf dem Gelände des Ludwig-Museums aufhalten.

Museumsleiterin Reifenscheid-Ronnisch/ Ludwig-Museum entgegnet, dass viele Aktionen des Museums außerhalb des Museumsgebäudes stattfinden. Die Besucher dieser Aktionen seien dennoch als Besucher anzusehen.

Kulturdezernentin Theis-Scholz sagt zu, die Kennzahl auf 14.000 Besucher zu reduzieren.

Produkt 2611 (Stadttheater), Seite 711

Ratsmitglied Wefelscheid (FW) moniert die steigenden jährlichen Zuschüsse des Theaters bis 2022. Er möchte daher wissen:

1. Aus welchen Gemeinden im Koblenzer Umland kommen die Besucher des Theaters?
2. Wie hoch sind die Erträge durch die Besucher aus dem Umland?
3. Wie verteilen sich die Besucher aus dem Umland auf die einzelnen Sparten des Theaters?

Intendant Dietze/ Stadttheater erläutert, dass der Zuschuss aufgrund steigender Personal- und Sanierungsaufwendungen in den kommenden Jahren weiter anwächst. Die Sanierungsaufwendungen werden zudem nicht durch das Land gefördert.

Die o. g. Fragen von Ratsmitglied Wefelscheid wird das Theater im Nachgang zur Sitzung, im Laufe des Jahres 2019, beantworten.

Darüber hinaus wird das Theater bei der Haushaltsaufstellung 2020 die Personalkostenentwicklung besonders betrachten.

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) bittet, dass die Verwaltung die Personalaufwandssteigerungen im Theater im Haupt- und Finanzausschuss am 03.12.2018 näher erläutert.

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

Produkt 5231 (Denkmalschutz und -pflege), Seite 566

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt die Bereitstellung von Mitteln für eine Zustandserhebung (insb. Prüfung der Statik) des Denkmals „Deutsches Eck“. Ratsmitglied Diehl (CDU) unterstützt den Antrag und regt an, das Land um Kostenbeteiligung zu bitten.

Die Verwaltung unterbreitet den Vorschlag, dass die Maßnahme im Rahmen vorhandener Mittel beim Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement) durchgeführt wird. Außerdem wird eine Fußnote in die Produkterläuterung aufgenommen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Produkt 5471 (ÖPNV), Seite 571

Behindertenbeauftragter Seuling regt an, dass der Schrägaufzug in die Echtzeit-Fahrplanauskunft des ÖPNV integriert werden soll.

(Zuständigkeit: Geschäftsführer Schrägaufzug GmbH/ Herr Diehl)

Produkt 1142 (Liegenschaften), Seite 573

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) regt an, dass die Produkterläuterungen zur Zeile 10 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Hinblick auf die Unterhaltung der Bildstöcke/Kapellen ergänzt werden soll. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement), Seite 606

Der Antrag der Fraktionsvorsitzenden Schumann-Dreyer (CDU), 20.000 Euro Planungsmittel für ein Nutzungskonzept „Räumlichkeiten Vereine Brückenköpfe Pfaffendorfer Brücke“ zusätzlich bereitzustellen, wird einstimmig beschlossen. Des Weiteren sagt die Verwaltung zu, dass eine Ortsbegehung mit den Ratsmitgliedern erfolgen werde.

Produkt 5511 (Öffentliches Grün), S. 644

1. Ratsmitglied Diehl (CDU) beantragt, dass jeweils eine Wandbepflanzung (z. B. Efeu) am Eichendorff-Gymnasium und Max-von-Laue-Gymnasium vorgenommen wird.

Werkleiter Drechsler vom Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen weist darauf hin, dass ein Gerüst mit Unterkonstruktion angebracht und die Wandbepflanzung vom Eigenbetrieb unterhalten werden könnte. Herr Kroh/ Zentrales Gebäudemanagement schlägt als Alternative vor, diese Unterkonstruktion für die Wandbepflanzung beim Eichendorff-Gymnasium in das kommunale Investitionsförderprogramm KI 3.0 zu integrieren. Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz regt an, die Schulen und das Umweltamt mit einzubeziehen. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht, jedoch erheben sich gegen die Ausführungen der Verwaltung keine Widersprüche.

2. Ratsmitglied Baum (FBG) regt an, eine Fußnote mit einem Prozentsatz an Insektengrün im Produkt 5511 (Öffentliches Grün) auszuweisen. Aus Sicht des Baudezernenten Flöck ist es nicht zielführend, den gewünschten Vermerk auszuweisen. Dem Rat wurde zugesagt, dass hierzu konzeptionelle Überlegungen im Fachbereichsausschuss IV vorgestellt werden.
3. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) regt an, die Pflege der Kriegsgräber auf alle Friedhöfe auszudehnen und nicht nur auf dem Friedhof in Arzheim notwendige Arbeiten durchzuführen (siehe Anhörung Ortsbeiräte, Seite 4, Nr. 5). Werkleiter Drechsler/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungsweisen erklärt, dass die Unterhaltung der Grabsteine und Inschriften vom Land gefördert wird. Notwendige Maßnahmen würden auf allen Friedhöfen durchgeführt. Sobald eine Meldung vorliege, werde der Eigenbetrieb tätig.

Teilhaushalt 11 – Zentrale Finanzleistungen

Keine Anträge

Investiver Haushalt:

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

Z100001 – Archiv Keller Kurt-Esser-Haus, Seite 176

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) bittet um die Streichung des Satzes „Die Umsetzung der Maßnahme verzögerte sich aufgrund des erheblichen Beratungsbedarfs in den Gremien der Stadt Koblenz“ in der Erläuterung der Investitionsmaßnahme. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Q360000 Global Umweltamt, Seite 209 (Neue Investitionsmaßnahme)

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, im Etat einen Merkposten einzustellen, um im Bereich „Infrastruktur Ladesäulen Elektromobilität“ bei Bedarf agieren zu können. Es folgt eine kontrovers geführte Diskussion, ob die Stadt Koblenz Ladesäulen errichten und betreiben und ob sie Einfluss auf deren Standorte nehmen sollte. Weiterhin wird

über die Höhe des Ansatzes beraten. Schließlich stellt der Vorsitzende den Antrag, einen Globalansatz in Höhe von 5.000 Euro im Etat 2019 vorzusehen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

P801001 Entwicklungsmaßnahme Bubenheim/B9, Seite 223

Fraktionsvorsitzender Ackermann (Bündnis90/Die Grünen) regt an, bei dem Projekt „Ehemalige Hundeschule“ die Grundstücke langfristig zu verpachten und nicht zu verkaufen, damit langfristig eine Einflussnahme seitens der Stadt Koblenz gegeben ist. Ein entsprechender Antrag soll für den Wirtschaftsförderungsausschuss gestellt werden (Hinweis: Die Grundstücke „Ehemalige Hundeschule“ stehen im Eigentum der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH).

Z801003 Kulturbau Zentralplatz, Seite 224

Ratsmitglied Dr. Gross (FW) beantragt, den Haushaltsansatz für die Infotafel in Höhe von 100.000 Euro zu streichen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Z311001 Erweiterung Ordnungsamt, Seite 280

Baudezernent Flöck trägt vor, dass sich die derzeit geplanten Auszahlungsansätze wie folgt verändern:

Jahr 2019 = 25.000 Euro

Jahr 2020 = 250.000 Euro

Jahr 2021 und 2022 = je 1.800.000 Euro

Der Ausschuss stimmt der Mittelumplanung einstimmig zu.

P311002 Beschaffung semistationäre Geschwindigkeitsmessanlage NEU, Seite 303

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt die Einrichtung eines neuen Investitionsprojektes zur Anschaffung einer semistationären Geschwindigkeitsmessanlage (Anhänger). Es sollen hierfür Mittel i.H.v. 250.000 Euro veranschlagt werden.

Der Ausschuss stimmt der Mittelveranschlagung einstimmig zu.

Teilhaushalt 06 – Jugend und Soziales

Q500002 Spiel- und Bolzplätze, Seite 373

Ratsmitglied Baum (FBG) beantragt, Haushaltsmittel für die Erneuerung des Maschendrahtzaunes am Bolzplatz in Bubenheim zu etatisieren. Die Verwaltung trägt vor, dass ein inhaltsgleicher Antrag des Ortsbeirates Bubenheim vorliegt. Über den Antrag wurde nicht abgestimmt. Derzeit wird von der Verwaltung geprüft, ob aus dem vorhandenen Budget eine Abwicklung der Maßnahme in 2019 erfolgen kann oder ggfs. weitere Haushaltsmittel benötigt werden. Hierüber soll in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.12.2018 auf Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung entschieden werden.

P501005 Spielplatz Rübenach, Seite 375

Die Verwaltung trägt vor, dass der Ortsbeirat Rübenach beantragt, das Projekt in „Spielplatz In der Klause, Rübenach“ umzubenennen. Es bestand allgemeines Einverständnis, dem Antrag zu entsprechen. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) stellt dar, dass nach dem vorhandenen Bebauungsplan ein Spielplatz vorgesehen ist. Beigeordneter Flöck führt aus, dass die Verwaltung dem Werkausschuss „Stadtentwässerung“ am 11.12.2018 eine Beschlussvorlage über den Rückbau des Regenrückhaltebeckens vorlegen werde.

P501059 Spielplatz In der Grünwies, Rübenach NEU, Seite 375

Die Verwaltung trägt vor, dass der Ortsbeirat Rübenach, im Rahmen der Anhörung der Ortsbeiräte, beantragt, Haushaltsmittel (Planungsmittel) in Höhe von 30.000 Euro für 2020 in einem neuen Projekt für die Errichtung eines Spielplatzes „In der Grünwies“ zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Z501054 Neubau Kita Horchheimer Höhe, Seite 386

Ratsmitglied Bohn (CDU) führt aus, dass ein ordnungsgemäßer Straßenübergang zwischen der Kita und dem Parkplatz sichergestellt werden muss.

Beigeordneter Flöck stellt dar, dass die Verwaltung derzeit prüft, ob ein eigener Parkplatz auf dem Kita-Gelände errichtet werden soll oder der neu zu errichtende Parkplatz des Fußballplatzes mitgenutzt wird. Durch die Prüfung verzögert sich nicht der Bauantrag für die Kita. Nach erfolgter Prüfung wird das Ergebnis in den entsprechenden Gremien vorgestellt.

Teilhaushalt 07 – Sport

Q520000 Global Sportstätten und Bäder, Seite 401

Für den Ankauf der Umkleide- und Sanitärcontainer am Sportplatz Schartwiesenweg sind 31.000 Euro zu etatisieren (Näheres zu dem Antrag, siehe Produkt 4211 „Förderung des Sports“, Punkt 2).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Teilhaushalt 08 – Schulen

Z401115 Schulhofsanierung GS Schenkendorf, Seite 477

Ratsmitglied Diederichs-Seidel (Bündnis90/Die Grünen) regt zur Schulhofsanierung der Grundschule Schenkendorf an, dass ein Gesamtkonzept erarbeitet werden solle, welches Schulhof, Toiletten, Hort und Sporthalle mit einbezieht. Auf Vorschlag der Verwaltung werden im Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement) aus dem vorhandenen Budget entsprechende Planungsmittel i. H. v. 30.000 Euro vorgesehen.

Teilhaushalt 09 – Kultur

P421001 Ersatzbeschaffung Schülerbücherbus, Seite 539

Fraktionsvorsitzender Schupp (FDP) möchte wissen, mit welchem Antrieb der neue Bücherbus ausgestattet ist. Es sollte doch Ziel sein, einen Bus mit Elektroantrieb zu beschaffen.

Stellvertretender Amtsleiter Koch/ Stadtbibliothek erklärt, dass es derzeit keine Bücherbusse mit Elektroantrieb auf dem Markt gebe. Er sagt jedoch zu, sich vor der Anschaffung des Busses über die neuesten technischen Entwicklungen auf dem Markt zu informieren und ggf. einen Bus mit alternativem Antrieb zu beschaffen.

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

P611009 Ausgleichsflächen, Seite 650

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, dass in 2018 nicht verbrauchte Mittel nach 2019 übertragen werden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

P611045 Ausbau Wallersheimer Weg, Seite 655

Baudezernent Flöck nimmt Bezug auf die Verabschiedung des Nachtrags 2018 im Stadtrat am 08.11.2018. Hier wurde aufgrund der hohen Ausbaubeiträge für die Anlieger beschlossen, dass die Verpflichtungsermächtigung 2018 mit Kassenwirksamkeiten in 2019 und 2020 gestrichen wird.

Er trägt vor, dass als Folge dessen die Kassenwirksamkeiten der Ein- und Auszahlungen in 2019 und 2020 entsprechend anzupassen sind, da der Auftrag für den Bau der Maßnahme erst später als zunächst geplant, d. h. nach Genehmigung des Haushalts 2019, vergeben werden kann.

Er nimmt dies zum Anlass, den Rat zu fragen, ob die Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der Ausbau in spätestens 5 bis 6 Jahren sowieso durchgeführt werden muss, bis dahin dann allerdings die Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt Neuendorf“ verfallen sind. Der Baudezernent empfiehlt daher, an der Maßnahme festzuhalten.

Oberbürgermeister Langner unterstützt dies und weist darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt niemand sagen kann, ob Ausbaubeiträge für Anlieger künftig wegfallen werden.

Nach längerer Diskussion beschließt der Rat anschließend mehrheitlich, mit 8 Gegenstimmen, dass die Maßnahme durchgeführt werden soll.

Q620001 Global Forst, Seite 667

Die Verwaltung trägt vor, dass der Ortsbeirat Arzheim Haushaltsmittel in Höhe von 37.500 Euro für einen Stromanschluss in der Grillhütte Arzheim beantragt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig abgelehnt

P621007 Allg. unbebauter Grunderwerb, Seite 668

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) beantragt, Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro für die Planung/ den Grunderwerb für einen Wanderrundweg in Kesselheim zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Q650003 Global Gebäudemanagement, Seite 688

Die Verwaltung trägt vor, dass der Ortsbeirat Arzheim einen Starkstromanschluss bei der Grundschule für die Stromversorgung der Kirmes in Höhe von 6.500 Euro beantragt (Anhörung Ortsbeiräte, Seite 4, Nr. 7).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Z651001 Toilettenanlage Hauptbahnhof, Seite 690

→ Neues Projekt Z651002 Toilettenanlage Fischelpassage am Löhr-Center

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) weist auf den schlechten Zustand der öffentlichen Toilettenanlagen in der Stadt hin und beantragt eine weitere Toilettenanlage aus der Aufstellung (Unterrichtungsvorlage: UV/0413/2018) in die Sanierung aufzunehmen (z. B. Fischelpassage am Löhr-Center). Baudezernent Flöck teilt mit, dass die Übersicht mit den öffentlichen Toilettenanlagen im Fachbereichsausschuss IV beraten wurde. Die Sanierung

aller öffentlichen Toilettenanlagen sei mit dem derzeitigen Personal nicht realisierbar. Es solle möglichst eine Vereinbarung mit dem Löhr-Center-Management dahin gehend erzielt werden, dass sich das Löhr-Center an den Sanierungskosten der Toilettenanlage Fischelpassage ganz oder zumindest teilweise beteiligen wird. Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) fragt nach, ob 200.000 Euro (ca. 50 %) für die Sanierung der öffentlichen Toilettenanlage am Löhr-Center veranschlagt werden könnten.

Oberbürgermeister Langner schlägt ebenso vor, 200.000 Euro für die Sanierung der Toilettenanlage am Löhr-Center zu etatisieren und weitere 20.000 Euro aus vorhandenen Mitteln zur Planung der Sanierung der öffentlichen Toilettenanlage im Rathaus II bei dem Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement) bereitzustellen. Über diese Vorschläge wurde abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit einer Enthaltung angenommen

Q660009 Neu- und Ausbau Gehwege, Seite 694

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, Auszahlungsmittel für den Ausbau des Fußweges Charlottenstraße in Richtung Rheinmuseum/ Schrägaufzug in den Haushalt 2019 (Ansatz: 19.000 Euro, Ansatz 2020: 200.000 Euro) aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Q660009 Neu- und Ausbau Gehwege, Seite 694

Ratsmitglied Knopp (CDU) beantragt, Auszahlungsmittel für die Herstellung einer Wegebeziehung vom Kammertsweg zum Rheinufer in den Haushalt 2019 aufzunehmen (Ansatz 2019: 50.000 Euro).

Ratsmitglied Lehmkuhler (SPD) hinterfragt die Erforderlichkeit und Unabweisbarkeit der Maßnahme. Oberbürgermeister Langner weist in diesem Zusammenhang auf den Eckwertebeschluss hin, wonach grundsätzlich keine neuen Maßnahmen in den Etat 2019 aufzunehmen sind.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

P661149 Bushaltestelle Brüderhaus Goldgrube, Seite 713

Baudezernent Flöck teilt mit, dass Gespräche mit dem Landesbetrieb Mobilität geführt worden sind. Es wurde eine Förderung von 70 - 75 % der förderfähigen Kosten in Aussicht gestellt. Als Einzahlungsansatz 2019 können demnach 200.000 Euro veranschlagt werden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ratsmitglied Balmes (CDU) bittet die Verwaltung, für das künftig wegfallende Wartehäuschen der Bushaltestelle einen geeigneten Standort zu finden.

Baudezernent Flöck sichert zu, dass vor dem Abbau des Wartehäuschens ein alternativer Standort gefunden sein wird und hierüber entsprechend berichtet wird.

P661170 Ausbau Gehweg Brentanostraße Nr. 37 bis 47, Seite 721

Ratsmitglied Balmes (CDU) beantragt, den Auszahlungsansatz 2019 um 10.000 Euro auf 90.000 Euro zu erhöhen und den Gehweg im Bereich der Häuser Nr. 8 bis 10 auszubauen.

Baudezernent Flöck sichert zu, dass der Ausbau des Gehweges ebenfalls in die Planung aufgenommen wird. Zusätzliche Auszahlungsmittel werden für den Ausbau nicht benötigt, da im Globalprojekt Q660009 „Neu- und Ausbau Gehwege“ ausreichend Haushaltsmittel hierfür zur Verfügung stehen.

P661185 NEU Kilianstraße/ K12 Neubau Teilstück, Seite 727

Die Verwaltung trägt vor, dass der Ortsbeirat Rübenach für die Verkehrsanpassung im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 235 die Bereitstellung von Haushaltsmitteln beantragt (Anhörung Ortsbeiräte, Seite 8, Nr. 4).

Auf Vorschlag der Verwaltung können zunächst Auszahlungsmittel von 30.000 Euro zur Erstellung der Vorplanung und Ermittlung des notwendigen Grunderwerbs aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

P661186 NEU Berliner Ring, Seite 727

Fraktionsvorsitzender Schupp (FDP) beantragt die Bereitstellung von Planungsmitteln für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit der Straße "Am Berliner Ring" im Stadtteil Karthause (Ansatz 2019: 50.000 Euro).

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU), Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) und Ratsmitglied Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) schließen sich dem Antrag an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Tiefbauamt allgemein, Seite 727

Ratsmitglied Bohn (CDU) beantragt, 10.000 Euro Planungsmittel für den Ausbau der Weitenbornstraße (Ecke Weitenbornstraße/ Haukertsweg bis zur Stadtgrenze nach Lahnstein) im Etat 2019 einzustellen.

Beigeordneter Flöck weist darauf hin, dass die Maßnahme bereits in 2005/ 2006 geplant war. Aufgrund der Bundesgartenschau 2011 konnte die Maßnahme aber nicht realisiert werden. Das Teilstück umfasst rd. 100 m und ist grundsätzlich erschließungsbeitragspflichtig.

Die Verwaltung wird zunächst um Prüfung gebeten, ob eine Deckensanierung ausreichend ist und damit keine Erschließungsbeitragspflicht auslöst. Eine Abstimmung über den Antrag wird daher zurückgestellt.

Tiefbauamt allgemein, Seite 727

Ratsmitglied Balmes (CDU) beantragt, einen Ansatz für die Anbringung einer Verkehrsüberwachungsanlage in Moselweiß Ecke Gülser Straße/ B49 im Etat 2019 einzustellen. Hierbei handelt es sich um einen Unfallhäufungspunkt und eine Gefahrenstelle.

Baudezernent Flöck weist darauf hin, dass hierfür die Genehmigung des Innenministeriums erforderlich ist. Es sollen daher zunächst Gespräche mit dem Innenministerium geführt werden. Eine Abstimmung über den Antrag wird zunächst zurückgestellt.

Wirtschaftspläne:

Oberbürgermeister Langner ruft die Beratung der Entwürfe der Wirtschaftspläne 2019 auf.

EB 17 / Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz

EB 67 / Grünflächen- und Bestattungswesen

EB 85 / Stadtentwässerung

Zum Aufruf der vorgenannten Wirtschaftspläne ergeben sich keine Änderungen.

Forstwirtschaftliche Unternehmen der Stadt Koblenz

Ratsmitglied Lehmkühler (SPD) führt aus, dass der Klimawandel und der Borkenkäfer zu erheblichen Schäden im Stadtwald geführt haben. Er begrüßt, dass zusätzliche Mittel im Forstwirtschaftsplan eingestellt werden. Baudezernent Flöck trägt vor, dass analog dem Produkt 5551 Kommunaler Forstbetrieb (Seite 586) die Ansätze für die Erträge um 50.000 Euro und für die Aufwendungen um 300.000 Euro, aufgrund eines voraussichtlich starken Borkenkäferbefalls in 2019, erhöht werden.

EB 70 / Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

1. Ratsmitglied Diehl (CDU) beantragt, dass bei dem Ausbau der Zufahrt Waldparkplatz Grillhütte Arzheim (Ortsbeirat Arzheim, Seite 3, Nr. 3) direkt ein Leerrohr für die zukünftige Stromversorgung verlegt werden soll. Werkleiter Mannheim vom Kommunaler Servicebetrieb Koblenz sagt zu, ein Leerrohr bei dem Ausbau dieser Zufahrt zu verlegen. Amtsleiter Grings/Kämmerei und Steueramt fragt nach, ob hierfür eine Nachmeldung von investiven Mitteln erforderlich sei. Werkleiter Mannheim erklärt, dass diese Maßnahme im Rahmen der Straßenunterhaltung durchgeführt wird und keine zusätzlichen Mittel benötigt werden. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht, jedoch erheben sich gegen die Ausführungen der Verwaltung keine Widersprüche.
2. Ratsmitglied Baum (FBG) fragt nach, ob der Masterplan Licht noch weiter fortgeführt wird. Werkleiter Mannheim teilt mit, dass der Bereich „Licht“, soweit dieser im Bestand ist, vom Eigenbetrieb gepflegt wird.

EB 83 / Rhein-Mosel-Halle

Fraktionsvorsitzender Schupp (FDP) regt an, für einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren das Karnevalsmuseum in das Romanticum zu verlagern. Das Romanticum würde dadurch belebt werden. Mit dem AKK (Arbeitsgemeinschaft Koblenzer Karneval e.V.) könne vereinbart werden, wann das „Rheinische Fastnachtsmuseum“ wieder zurück zum Kehlturn (Fort Konstantin) verlegt werde.

Oberbürgermeister Langner erklärt, dass der Vorschlag bereits diskutiert werde und nicht weiter in den Haushaltsberatungen erörtert werden soll. Auch Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) ist der Auffassung, dass die Thematik einen eigenen Zeitbedarf erfordere. Kulturdezernentin Dr. Theis-Scholz weist darauf hin, dass es schon eine Arbeitsgruppe Kulturbau gibt, die Untersuchungen hinsichtlich des Image, der Wirtschaftlichkeit, den Besucherzahlen etc. durchgeführt und die Ergebnisse vorgestellt hat. Hierbei hat sich die Arbeitsgruppe intensiv dem Romanticum gewidmet. Geschäftsführer Hoffmann/ Koblenz-Touristik GmbH hat schon Überlegungen zum Romanticum angestellt.

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) führt aus, dass es hinsichtlich des Romanticums Handlungsbedarf gibt. Sie bittet darum, die Überlegungen der Verwaltung in der Politik vorzustellen und regt an, dass sich auch ein(e) Student/in einer Masterarbeit mit dieser Thematik auseinandersetzen könne.

Die Protokollführer:

Andreas Baulig

Teilhaushalt 5 „Sicherheit und Ordnung“,
Teilhaushalt 9 „Kultur“



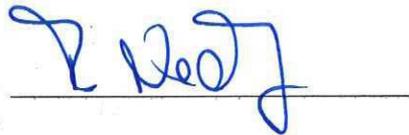
Timo Müller

Teilhaushalt 1 „Innere Verwaltung“,
Teilhaushalt 8 „Schulen“,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“



Martina Necknig

Teilhaushalt 2 „Bürgerdienste“,
Teilhaushalt 3 „Umwelt“,
Teilhaushalt 7 „Sport“



Yannick Benz

Allgemeine Einführung, Anwesenheit,
Teilhaushalt 4 „Wirtschaft“,
Teilhaushalt 6 „Jugend und Soziales“,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen u. Verkehr“



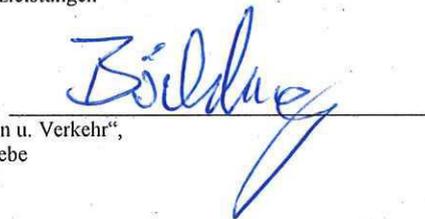
Jakob Löwen

Allgemeine Einführung, Anwesenheit,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen u. Verkehr“,
Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“



Frank Böckling

Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen u. Verkehr“,
Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe



Der Vorsitzende:



(Oberbürgermeister)

Koblenz, 28.01.2019